

**20 minuten online; 6. März 2014**

Ausgaben-Nr. Seite

## **Rüstungsexporte: Was ist der CVP wichtiger: Geld oder Leben?**

**Die Frage, ob die Schweiz Folterstaaten wie Pakistan mit Waffen beliefern soll, spaltet die CVP. Die Partei spielt damit im Nationalrat das Zünglein an der Waage.**

Nein, ein so krasses Lobbying habe sie noch selten erlebt, klagt CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann: Ihre Mailbox quillt über. Das Geschäft, das derart hohe Wellen wirft, ist ein Vorstoss, der Waffenexporte wieder erleichtern will – auch in Länder wie Pakistan oder Saudi-Arabien. Der Ständerat hatte der Motion im September mit dem Segen des Bundesrates zugestimmt, zum Entsetzen von Linken, christlichen Kreisen und Menschenrechtsorganisationen.

Am Donnerstag ist nun der Nationalrat an der Reihe. Die Gegner der Rüstungsmaterialexporte haben vor der Abstimmung ein regelrechtes Powerplay aufgezogen: Zahlreiche Mitglieder von Amnesty International (AI) kamen der Aufforderung der Organisation nach, die Nationalräte mit Standardmails einzudecken. Auch die Nationalkommission Justitia et Pax der katholischen Kirche weibelt laut «SonntagsZeitung» gegen die Motion.

Mennoniten decken Politiker mit Postkarten ein

In den letzten Tagen bekamen bürgerliche Politiker zudem Postkarten nach Hause geschickt, mit der Aufforderung, am Donnerstag Nein zu stimmen (siehe Diashow). Denn die Lockerung «untergräbt die Glaubwürdigkeit der Schweiz in ihrem Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte», so der vorgedruckte Text. Hinter dem Kartenversand steckt offenbar die evangelische Freikirche der Mennoniten (Täufer).

Mehrere CVP-Nationalräte berichten gegenüber 20 Minuten, sie hätten Dutzende solcher Karten bekommen. Dass die Mittepartei im Fokus der Aktionen steht, kommt nicht von ungefähr: Die CVP-EVP-Fraktion mit ihren 31 Mitgliedern wird das Zünglein an der Waage spielen. SVP und FDP dürften den Vorstoss zugunsten der Rüstungswirtschaft mehr oder weniger geschlossen unterstützen – kommen zusammen aber nur auf maximal 87 Stimmen. Die Nein-Koalition mit SP, Grünen, BDP und Grünliberalen wiederum verfügt über höchstens 82 Stimmen.

Darbellay und Amherd sagen Nein

Obwohl die Motion ursprünglich aus CVP-Kreisen stammt, tut sich nun ein grosser Teil der Fraktion schwer damit. Sicherheitspolitiker Urs Schläfli sagte im November in der Kommission noch Ja zum Vorstoss, zweifelt jetzt aber. Er bringt das Dilemma der Partei auf den Punkt: «Christliche Werte stehen gegen Wirtschaftsinteressen.»

Die Führungskräfte der Partei gewichten die ethische Komponente höher: Sowohl Präsident Christophe Darbellay wie auch Fraktionschefin Viola Amherd lehnen die Lockerung der Exportbestimmungen ab. «Wenn wir Lieferungen nach Saudi-Arabien oder Pakistan wieder zulassen, macht das den Braten für die Rüstungsindustrie nicht feiss», so Darbellay – «aber das Zeichen, das wir damit in Sachen Menschenrechte setzen würden, wäre negativ.»

«Exporte sind für Industrie überlebenswichtig»

Lucrezia Meier-Schatz vom sozialliberalen Parteiflügel setzt alle Hebel in Bewegung, um die Wackelkandidaten wie Schläfli noch ins Nein-Lager zu holen. Dieses umfasst bisher auch Dominique de Buman, Martin Candinas, Stefan Müller-Altermatt, Jacques Neiryneck, Barbara Schmid-Federer, Kathy Riklin, Karl Vogler und die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff. Möglicherweise erhalten sie weiter Aufwind durch die Meldung der «SonntagsZeitung», in der Ukraine seien Demonstranten mit Schweizer Gewehren erschossen worden.

Nicht beirren lässt sich hingegen der konservative CVP-Sicherheitspolitiker Jakob Büchler: «Ich bin Christ, aber wegen ein paar Massenmails lasse ich unsere Wirtschaft nicht im Stich.» Die Rüstungsindustrie sei für die Schweiz wichtig, um im Krisenfall eigene Waffen zu haben. «Um zu

überleben, ist sie auf die Exporte angewiesen.» Ebenfalls für die Motion sind Daniel Fässler, Yannick Buttet, Leo Müller und Fabio Regazzi.

Glanzmann verpasst Abstimmung

Ida Glanzmann ergänzt, die Schweiz öffne nicht einfach Tür und Tor für Exporte in Folterstaaten. Der Bund prüfe schliesslich jedes einzelne Ausfuhrgesuch. Die Stimme der Luzernerin wird den Unterstützern der Motion am Donnerstag aber fehlen: Sie vertritt die CVP am Kongress der Europäischen Volkspartei in Dublin.